

Auftraggeber: Wirtschafts- und Innovationsförderung Salzgitter GmbH

Projekt: Lichterzauber im Rosengarten in Salzgitter-Bad 2026

**Veranstaltungsvertrag - Lichterzauber im Rosengarten in
Salzgitter-Bad 2026**

Stand: 25.06.2026

Veranstaltungsvertrag

Lichterzauber im Rosengarten in Salzgitter-Bad 2026

zwischen

Wirtschafts- und Innovationsförderung Salzgitter GmbH

Windmühlenbergstraße 20

38259 Salzgitter

– nachfolgend „Auftraggeber“ genannt –

und

[wird nach Zuschlag ergänzt]

– nachfolgend „Auftragnehmer“ oder „Veranstalter“ genannt –

– nachfolgend gemeinsam „die Parteien“ genannt –

Präambel

Der Auftraggeber plant für den Zeitraum vom 27.11.2026 bis 21.12.2026 ein mehrwöchiges Lichtfest zur Belebung des Rosengartens in Salzgitter-Bad (Veranstaltung). Als Besuchermagnet für Groß und Klein sollen verschiedene Lichtinstallationen für eine Belebung sorgen und den zeitgleich stattfindenden Weihnachtsmarkt ergänzen. Ziel der Licht-Veranstaltung ist es, den Rosengarten als Erweiterung des Weihnachtsmarktes mit kreativen Lichtelementen in den Abendstunden zu beleben und Besucher sowie Einwohner gleichermaßen zu begeistern. Das Gestaltungskonzept soll sich an einer klassischen, warmen Weihnachtsästhetik orientieren und eine einladende Atmosphäre mit hohem Wiedererkennungswert schaffen.

Der Auftraggeber hat die Konzeption und Durchführung der Veranstaltung als ganzheitliches Veranstaltungskonzept ausgeschrieben. Der Auftragnehmer hat im Rahmen der Ausschreibung den Zuschlag für die Übernahme der Veranstalterrolle erhalten.

Dies vorausgeschickt vereinbaren die Parteien wie folgt:

§ 1 Vertragsgegenstand

1. Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer mit der Konzeption, Planung, Durchführung und Nachbereitung einer Veranstaltung unter dem Namen **„Lichterzauber im Rosengarten in Salzgitter-Bad 2026“**. Der Auftragnehmer übernimmt für die Veranstaltung die Veranstalterrolle im rechtlichen Sinne. Die konkret zu erbringenden Leistungen sind in **Anlage 1 – Leistungsbeschreibung** dieses Vertrages aufgeführt.
Nach der aktuellen Einordnung handelt es sich bei dem Lichterzauber um eine Veranstaltung, die voraussichtlich nur abgeschwächten Sicherheitsanforderungen unterliegt. Der Auftragnehmer hat ein vorläufiges Sicherheitskonzept vorzulegen und dieses, soweit von der Stadt Salzgitter oder sonst zuständigen Stellen gefordert, fortzuschreiben bzw. anzupassen. Die hieraus folgenden Pflichten sind mit dem Pauschalpreis abgegolten. Die voraussichtlich abgeschwächten Sicherheitsanforderungen lassen die Veranstalterrolle des Auftragnehmers im rechtlichen Sinne unberührt.
2. Der Auftragnehmer verpflichtet sich zudem, ein ganzheitliches Veranstaltungskonzept zu entwickeln und umzusetzen, das alle in der Leistungsbeschreibung genannten Aspekte berücksichtigt. Die **Anlage 4 - Satzung Rosengarten Salzgitter-Bad** ist zu berücksichtigen. Das **Merkblatt Sicherheitskonzept** wird als Anlage 2 beigelegt und ist bei der Erstellung des vorläufigen Sicherheitskonzepts zu berücksichtigen.
3. Das Lichtfest findet im Zeitraum vom 27.11.2026 bis 21.12.2026 im Rosengarten und Verbindungsweg zum Marktplatz in Salzgitter-Bad statt. Eine detaillierte Übersichtskarte ist der **Anlage 1 – Leistungsbeschreibung** zu entnehmen.
4. Die Bestandteile dieses Vertrages, einschließlich etwaiger Änderungen, sowie die Rangfolge im Falle von Widersprüchen, werden wie folgt geregelt:

Dieser Vertragstext mit den Anlagen:

Anlagen Nr.	Bezeichnung	Datum / Version	Anzahl Seiten
1	Leistungsbeschreibung	[wird nach Zuschlag ergänzt]	[wird nach Zuschlag ergänzt]
2	Merkblatt Sicherheitskonzept	[wird nach Zuschlag ergänzt]	[wird nach Zuschlag ergänzt]
3	Preisblatt	[wird nach Zuschlag ergänzt]	[wird nach Zuschlag ergänzt]
4	Satzung Rosengarten Salzgitter-Bad	[wird nach Zuschlag ergänzt]	[wird nach Zuschlag ergänzt]
5	Veranstaltungskonzept (in der vom Bieter angebotenen Form)	[wird nach Zuschlag ergänzt]	[wird nach Zuschlag ergänzt]

6	vorläufiges Sicherheitskonzept (in der vom Bieter angebotenen Form)	[wird nach Zuschlag ergänzt]	[wird nach Zuschlag ergänzt]
---	---	------------------------------	------------------------------

sowie nachrangig die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der bei Bereitstellung der Vergabeunterlagen geltenden Fassung. Die VOL/B stehen unter www.bmwi.de zur Einsichtnahme bereit.

§ 2 Vergütung

1. Für die Konzeption, Planung, Durchführung und Nachbereitung der Veranstaltung sowie für die Übernahme der Veranstalterrolle im rechtlichen Sinne gemäß § 1 dieses Vertrages erhält der Auftragnehmer eine Gesamtvergütung gemäß **Anlage 3 - Preisblatt**.
2. **Das für die Durchführung der Veranstaltung zur Verfügung stehende Gesamtbudget beträgt maximal 60.000,00 EUR (brutto) und stellt eine verbindliche Budgetobergrenze dar.**
3. Dem Auftragnehmer ist bekannt, dass Nachverhandlungen oder zusätzliche Vergütungsansprüche, die zu einer Überschreitung dieser Budgetobergrenze führen würden, ausgeschlossen sind. Diese Rahmenbedingung war dem Auftragnehmer bereits vor Abgabe seines Angebots und vor Abschluss dieses Vertrages bekannt und wurde bei der Kalkulation berücksichtigt.
4. Der Auftragnehmer ist für die Einhaltung und Dokumentation der Budgetobergrenze verantwortlich. Sämtliche Kosten der Veranstaltung sind aus dem Gesamtbudget zu finanzieren. Reichen die bereitgestellten Mittel nicht aus, trägt der Auftragnehmer als Veranstalter sämtliche hierdurch entstehenden Mehrkosten eigenverantwortlich und ohne Anspruch auf zusätzliche Vergütung oder Kostenerstattung durch den Auftraggeber.
5. Die Vergütung gem. Abs. 1 wird nach folgendem Zahlungsplan fällig:
 - a. 50 % der Auftragssumme nach Vertragsschluss und Abschluss wesentlicher Planungsleistungen; Rechnungsstellung, spätestens zum **30.10.2026**.
 - b. 50 % der Auftragssumme nach Durchführung der Veranstaltung, vollständigem Rückbau, Veranstaltungsdokumentation und Vorlage der Schlussabrechnung, spätestens zum **15.01.2027**.
6. Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber ordnungsgemäße Rechnungen mit allen gesetzlich erforderlichen Angaben aus. Die Zahlung erfolgt durch den Auftraggeber

innerhalb von 14 Tagen nach Rechnungseingang durch Überweisung auf das vom Auftragnehmer angegebene Konto.

§ 3 Pflichten des Auftragnehmers

1. Der Auftragnehmer führt die Veranstaltung gemäß den Vorgaben des Auftraggebers unter Berücksichtigung des Veranstaltungskonzepts, der Leistungsbeschreibung und dem Sicherheitskonzept fachgerecht und termingerecht durch. Dies umfasst beispielsweise die Bereitstellung von Personal, Infrastruktur, Technik, Bühnen, sowie die Koordination/ Beauftragung aller notwendigen weiteren Leistungen, um einen reibungslosen Ablauf der Veranstaltung sicherzustellen.
2. Der Veranstalter hat sich vor Beginn der Veranstaltung umfassend über die örtlichen Gegebenheiten und spezifische Anforderungen zu informieren und zu berücksichtigen.
3. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle erforderlichen behördlichen Genehmigungen sowie alle relevanten privatrechtlichen Erlaubnisse einzuholen, beispielsweise Sondernutzungserlaubnisse für Straßen, Plätze, öffentliche Flächen, GEMA-Lizenzen für Live-Musik, DJs oder Hintergrundmusik, Lärmschutzgenehmigungen, Anmeldungen nach Versammlungsgesetz, soweit diese für die Durchführung der Veranstaltung erforderlich sind.
4. Der Auftragnehmer gewährleistet den reibungslosen Ablauf inklusive Besucher- und Verkehrslenkung, Absperrungen, Müllentsorgung, Sanitär- und Hygieneeinrichtungen, Sanitätsdiensten, Sicherheits- und Rettungsdiensten, Brandschutzmaßnahmen, Notfallplanung, die Sicherstellung der Barrierefreiheit und die Koordination mit allen relevanten Dienstleistern und Behörden.
5. Der Veranstalter hat sämtliche Schutzgüter zu beachten und zu wahren, insbesondere die Sicherheit und Gesundheit der Teilnehmenden, die Unversehrtheit des Veranstaltungsgeländes, den Lärmschutz, Brandschutz, den Schutz der Umwelt sowie den Schutz von Eigentum Dritter. Alle Schutzmaßnahmen sind nach den geltenden rechtlichen Vorgaben und den städtischen Auflagen umzusetzen. Der Veranstalter verpflichtet sich, sämtliche öffentlich-rechtlichen Vorgaben, städtischen Richtlinien und gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten, die für die Durchführung der Veranstaltung maßgeblich sind. Hierzu zählen insbesondere kommunale Verordnungen, Sicherheitsauflagen, Hygienevorschriften sowie Vorgaben zum Jugendschutz.

§ 4 Rechte und Pflichten des Auftraggebers

1. Der Auftraggeber verpflichtet sich, den Auftragnehmer bei der Planung, Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung in zumutbarem Umfang zu unterstützen und mit ihm eng zu kooperieren.
2. Der Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer alle ihm zur Verfügung stehenden Unterlagen, Informationen und Vorgaben bereit, die für eine ordnungsgemäße Durchführung der Veranstaltung erforderlich sind.
3. Der Auftraggeber unterstützt den Auftragnehmer bei der Abstimmung mit zuständigen Stellen oder Dritten, soweit dies für die Vertragserfüllung erforderlich und zumutbar ist.
4. Der Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer gemäß der Leistungsbeschreibung die vereinbarten Materialien oder sonstigen Ressourcen zur Verfügung. Der Transport, Auf- und Abbau sowie die sachgerechte Nutzung dieser Materialien erfolgen durch den Auftragnehmer, soweit in der Leistungsbeschreibung nichts Abweichendes geregelt ist.
5. Der Auftraggeber ist berechtigt, die frei zugängliche Fläche in der Stadt jederzeit zu betreten und die ordnungsgemäße Durchführung der Veranstaltung (Aufbau, Ablauf, Abbau) zu prüfen.

§ 5 Versicherungen

1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet alle erforderlichen Versicherungen mit ausreichender Deckung abzuschließen. Hierzu gehören mindestens
 - a. Betriebshaftpflichtversicherung
Deckungssummen von mindestens
 - 3 Mio. € je Versicherungsfall für Personenschäden sowie
 - 5 Mio. € je Versicherungsfall für Sach-/Vermögensschaden
 - b. Veranstalterhaftpflichtversicherung
Deckungssummen von mindestens
 - 3 Mio. € je Versicherungsfall für Personenschäden sowie
 - 5 Mio. € je Versicherungsfall für Sach-/Vermögensschaden

Die Versicherungen müssen Mehrfachschäden aus einem einheitlichen Schadensereignis abdecken. Die Deckungssummen müssen mindestens zweifach je Versicherungsjahr zur Verfügung stehen.

2. Die Veranstalterhaftpflichtversicherung muss spätestens vor Beginn der Veranstaltung abgeschlossen werden, während der Dauer fortbestehen und bis zur vollständigen

Abwicklung, einschließlich aller Nachansprüche unter Berücksichtigung der Verjährungsfristen, fortbestehen.

3. Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass der Auftraggeber in der Veranstalterhaftpflichtversicherung als mitversicherte Person im Hinblick auf Ansprüche Dritter einbezogen wird.
4. Dem Auftraggeber ist der Abschluss der Versicherungen durch Vorlage der Versicherungspolice und/oder Bestätigung der Versicherungsgesellschaft in einem angemessenen Zeitraum vor Beginn der Veranstaltung nachzuweisen.
5. Unterlässt der Auftragnehmer die Versicherungspflicht oder lässt die Deckung erlöschen, haftet er unmittelbar, persönlich und unbeschränkt für alle daraus entstehenden Schäden.

§ 6 Haftung

1. Der Auftragnehmer trägt die Verantwortung für die vertragsgemäße Planung, Organisation, Durchführung und Abwicklung der Veranstaltung im vereinbarten Leistungsumfang.
2. Im Außenverhältnis gegenüber Dritten haftet der Auftragnehmer ausschließlich für seinen vertraglich übertragenen Verantwortungsbereich, insbesondere Planung, Organisation, Durchführung, technische Umsetzung, Sicherstellung und Abwicklung der Veranstaltung.
3. Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber vollständig von allen Ansprüchen Dritter frei, die sich auf Planung, Organisation, Durchführung oder Abwicklung der Veranstaltung beziehen, soweit diese nicht auf vorsätzlichem oder grob fahrlässigem Verhalten des Auftraggebers beruhen. Die Freistellung umfasst auch die angemessenen Kosten einer notwendigen Rechtsverteidigung des Auftraggebers, z.B. Gerichts- und Anwaltskosten. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer unverzüglich über geltend gemachte Ansprüche informieren und ihm in die Führung der außergerichtlichen und gerichtlichen Verhandlungen einbeziehen.
4. Der Auftragnehmer haftet dem Auftraggeber umfänglich nach den gesetzlichen Vorschriften.
5. Der Auftraggeber haftet dem Auftragnehmer unbeschränkt für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, die auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung des Auftraggebers, seiner gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen beruhen. Bei einfach fahrlässiger Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (Kardinalpflichten) haftet der Auftraggeber nur auf den

vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden. Für einfach fahrlässige Verletzungen nicht wesentlicher Vertragspflichten ist die Haftung des Auftraggebers ausgeschlossen. Zwingende gesetzliche Haftungstatbestände bleiben unberührt.

§ 7 Kündigung

1. Dieser Vertrag beginnt mit Zuschlag.
2. Die Parteien verzichten auf ihr Recht den Vertrag ordentlich zu kündigen.
3. Jede Partei kann aus wichtigem Grund außerordentlich kündigen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor,
 - a. bei Zahlungsunfähigkeit oder Insolvenzverfahren
 - b. bei Fehlen oder Widerruf behördlicher Genehmigungen
 - c. bei erheblichen Verstößen gegen das Sicherheitskonzept
4. Die Kündigung bedarf der Schriftform.
5. Im Falle einer Kündigung sind bereits erbrachte Leistungen nach dem Verhältnis der erbrachten zur Gesamtleistung zu vergüten. Bei einer Kündigung aus wichtigem Grund, den der Auftragnehmer zu vertreten hat, ist der Auftraggeber berechtigt, Schadensersatz zu verlangen.

§ 8 Höhere Gewalt

1. Kann die Veranstaltung aufgrund höherer Gewalt nicht durchgeführt werden, sind die Parteien für die Dauer der Störung von ihren Leistungspflichten befreit.
2. Witterungsbedingte übliche Beeinträchtigungen im November / Dezember sind grundsätzlich einzukalkulieren
3. Sofern die Veranstaltung aufgrund höherer Gewalt endgültig nicht durchgeführt werden kann, entfällt der Anspruch auf die noch nicht gezahlte Vergütung.

§ 9 Nachunternehmer

1. Der Auftragnehmer ist berechtigt, zur Erfüllung seiner vertraglichen Pflichten Nachunternehmer einzusetzen. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber die Nachunternehmer, die wesentlichen Teilleistungen erbringen sollen, bereits im Vergabeverfahren schriftlich vorgestellt. Die Mitteilung enthielt den Namen und die

Firmenbezeichnung des Nachunternehmers, Sitz und Anschrift, Registergericht und HRB-Nummer (falls vorhanden), genaue Beschreibung der zu erbringenden Leistung sowie Nachweis der Eignung (z. B. Referenzen, Bilanzen).

2. Ein Austausch oder die Hinzunahme neuer Nachunternehmer nach Vertragsbeginn bedarf der schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers. Der Auftragnehmer legt die neuen Nachunternehmer schriftlich vor, einschließlich Namen, Firmenbezeichnung, Sitz, Registerdaten (falls vorhanden), Leistungsbeschreibung und Eignungsnachweis (z. B. Referenzen, Bilanzen). Der Auftraggeber kann innerhalb von zwei Wochen nach Eingang der Mitteilung bei Vorliegen eines sachlich gerechtfertigten Grundes (z. B. Ausschlussgründe nach § 123 GWB) widersprechen. Widerspricht der Auftraggeber nicht, gilt die Beauftragung als genehmigt.
3. Der Auftragnehmer haftet für die Leistungen der Nachunternehmer wie für eigene Leistungen, insbesondere für deren Qualität, Termintreue und Einhaltung aller vertraglichen Anforderungen. Änderungen oder Austausch von Nachunternehmern nach Vertragsbeginn bedürfen der schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.
4. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, auf Verlangen des Auftraggebers Unterlagen über die Vergabe der Nachunterträge vorzulegen und den Auftraggeber über wesentliche Vorgänge bei Nachunternehmern zu informieren.

§ 10 Geheimhaltung, Datenschutz

1. Die Unterlagen, das Know-how, die Daten und andere Informationen, die die Parteien einander zur Verfügung stellen, sind vertraulich zu behandeln (vertrauliche Informationen), also insbesondere Dritten nicht zugänglich zu machen und ausschließlich zu dem Zweck zu verwenden, zu dem sie zur Verfügung gestellt worden sind. Vertrauliche Informationen sind nur denjenigen Mitarbeitenden der empfangenden Partei zugänglich zu machen, die diese zur Erfüllung des Verwendungszwecks benötigen und sich schriftlich zur Wahrung einer mindestens gleichwertigen Vertraulichkeit verpflichtet haben. Die Partei, die von der anderen Partei vertrauliche Informationen empfangen hat, haftet der anderen Partei für einen Verstoß gegen diese Vertraulichkeitsverpflichtung durch ihre Mitarbeitenden.
2. Die Verpflichtung des Abs. 1 gilt nicht, soweit Informationen
 - a. allgemein bekannt sind oder ohne Zutun der empfangenden Partei allgemein bekannt wurden,
 - b. der empfangenden Partei durch Dritte zugänglich gemacht werden, ohne dass diese eine Vertraulichkeitsverpflichtung verletzt hätten,
 - c. von der empfangenden Partei bereits selbst erarbeitet worden oder ihr sonst bereits vor Vereinbarung der Vertraulichkeit bekannt waren,

- d. aufgrund einer bindenden behördlichen oder richterlichen Anordnung oder aufgrund von Gesetz zu offenbaren sind und die empfangende Partei die andere Partei unverzüglich über die Offenbarung informiert.
3. Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) einzuhalten. Personenbezogene Daten dürfen nur im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und zur Erfüllung des Vertrages erhoben, verarbeitet und genutzt werden.
4. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, geeignete technische und organisatorische Maßnahmen zum Schutz personenbezogener Daten zu treffen.
5. Soweit der Auftragnehmer als Auftragsverarbeiter gemäß Art. 28 DS-GVO personenbezogene Daten im Auftrag im Sinne des Art. 28 Abs. 3 DS-GVO („Auftragsverarbeitung“) verarbeitet, verpflichten sich die Parteien, soweit gesetzlich erforderlich oder in der Sache notwendig, eine „Vereinbarung über die Datenverarbeitung im Auftrag“ („AVV“) gemäß Art. 28 Abs. 3 DS-GVO abzuschließen.

§ 11 Nutzungsrechte

Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber an den im Rahmen der Vermarktung erstellten Werbematerialien (z.B. Plakate, Flyer, Bauzaunbanner) ein zeitlich und räumlich unbeschränktes, einfaches Nutzungsrecht ein. Dieses ist mit dem Pauschalpreis abgegolten.

§ 12 Erfüllungsort, Gerichtsstand, anwendbares Recht

Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Salzgitter. Es gilt deutsches Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts (CISG).

§ 13 Schriftformerfordernis

Änderungen, Ergänzungen und der Kündigung dieses Vertrags bedürfen der Schriftform. Dies gilt für sämtliche im Zusammenhang mit diesem Vertrag abgegebenen Erklärungen und die Aufhebung der Schriftformklausel selbst.

Auftraggeber: Wirtschafts- und Innovationsförderung Salzgitter GmbH

Projekt: Lichterzauber im Rosengarten in Salzgitter-Bad 2026

**Veranstaltungsvertrag - Lichterzauber im Rosengarten in
Salzgitter-Bad 2026**

Stand: 25.06.2026

§ 14 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so berührt dies die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung tritt eine wirksame und durchführbare Regelung, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmung am nächsten kommt. Entsprechendes gilt für den Fall, dass sich der Vertrag als lückenhaft erweist.

_____, den _____
Ort Datum

_____, den _____
Ort Datum

Unterschrift Auftraggeber
(Name in Druckbuchstaben)

Unterschrift Auftragnehmer
(Name in Druckbuchstaben)

Unterschrift Auftraggeber
(Name in Druckbuchstaben)

Unterschrift Auftragnehmer
(Name in Druckbuchstaben)